

* **Bekämpfung der Wohnungsnot in Lichtenberg.** Die Beratungen über den Beitritt der Stadt Lichtenberg zu der von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu gründenden Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Heimstätten von Angestellten sowie über die Errichtung eines Wohnungsamtes nahmen in der gestrigen Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung einen breiten Raum der Verhandlungen ein. Stadtsyndikus Dr. Marekly hielt den Beitritt zur Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten sowie den Erwerb von Aktien für unbedingt erforderlich, um den Plan der von der Stadt beschlossenen Waldsiedlung in der Wuhlheide zu fördern. Im engen Zusammenhang mit den Maßnahmen der Reichsversicherungsanstalt zur Verhinderung der Wohnungsnot stehe die geplante Lichtenberger Einfamilienbedlung. Die Verhinderung der Wohnungsnot sei aber nicht möglich, wenn nicht seitens des Reiches und des Staates erhebliche Unterstützungen sowohl der Gemeinden und der gemeinnützigen Gesellschaften, sondern auch den privaten Bauunternehmern zur Verfügung gestellt würden. Der Plan zur Errichtung von Heimstätten sei auch als zugehörig zu den zur Bekämpfung der Wohnungsnot verbreiteten Maßnahmen zu betrachten. Die vom Magistrat zur Schaffung eines Wohnungsamtes und Errichtung einer Wohnungsdeputation unterbreitete Vorlage veranlaßte den Stadts. Prof. Ligie (Mittelst.-Part.) zu längeren Ausführungen über die vorhandene Wohnungsnot in Lichtenberg. Nach längerer Erörterung zeigte sich die Versammlung mit der Errichtung eines Wohnungsamtes, verbunden mit einem Wohnungsnachweis, einverstanden und bewilligte für 1918 einen Betrag von 10 000 M. Der Schaffung einer Wohnungsdeputation, bestehend aus 4 Magistratsmitgliedern, 7 Stadtverordneten und 4 Bürgerdeputierten, darunter 2 Frauen, wurde zugestimmt.